Preisdruck bei Lebensmitteln sinkt: Forderung nach Ende der Symbolpolitik

Die Inflationsrate für September 2023 wird voraussichtlich bei 6,1 Prozent liegen, ein Rückgang gegenüber 7,4 Prozent im August. Dieser Trend ist auf fallende Preise für Haushaltsenergie und nachlassenden Preisdruck bei Lebensmitteln zurückzuführen. Trotz höherer Nahrungsmittelpreise betont ein Experte, dass die aktuellen Maßnahmen der Regierung, wie Preisdatenbanken, wenig Einfluss auf die Preise haben und nicht notwendig sind. Die Lebensmittelindustrie fordert stattdessen moderate Kollektivvertragsabschlüsse, um Preiserhöhungen zu begrenzen.

(©Pixarbay)

Der Preisdruck bei Lebensmitteln hat zuletzt signifikant nachgelassen. Dies geht aus einer aktuellen Schnellschätzung von Statistik Austria hervor, wonach die Inflationsrate für

September 2023 voraussichtlich bei 6,1 Prozent liegen wird, verglichen mit 7,4 Prozent im August. Dies markiert den niedrigsten Wert seit dem Konflikt in der Ukraine im Februar 2022.

Preiserhöhungen bei Lebensmitteln sind auf gestiegene Produktionskosten zurückzuführen

Hauptverantwortlich für diesen Rückgang sind die sinkenden Preise für Haushaltsenergie, die zuvor zu den Haupttreibern der Inflation zählten. Doch auch bei Lebensmitteln habe „der Preisdruck weiter nachgelassen“, so Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas laut einer Aussendung.

Dass die **Teuerung für Nahrungsmittel** über der allgemeinen Inflationsrate liegt, lässt sich laut Sebastian Koch vom Institut für Höhere Studien (IHS) hauptsächlich darauf zurückführen, dass die Produktion von Lebensmitteln "hochgradig energieintensiv" ist.

Daher schlagen sich die **stark gestiegenen Energiekosten** erheblich auf das Preisniveau nieder, wie er in einem Interview mit dem Standard erklärte. Koch betont zudem, dass auch die Kosten für andere Vorleistungen drastisch gestiegen sind. Dies bestätigt erneut die Analyse des Fachverbands Lebensmittelhandel in der Wirtschaftskammer Österreich, wonach die Preissteigerungen vorrangig auf stark gestiegene Produktionskosten zurückzuführen sind und nicht auf den Handel selbst.

Kritik an Preistransparenzdatenbank als unnötige Ressourcenverschwendung

Zu den aktuellen Maßnahmen der Regierung wie Preisdatenbanken sagte Koch dem Standard gegenüber, dass er dadurch keine preisdämpfenden Effekte sieht – und weist darauf

hin, dass der starke Anstieg der Lebensmittelpreise in Österreich "nicht hausgemacht" sei, sondern in der gesamten Eurozone ähnlich wie hierzulande verlaufe. Zum Vergleich: Im September lag auch in Deutschland der Preisauftrieb bei Nahrung bei 7,5 Prozent.

„Dies zeigt einmal mehr, dass der Lebensmittelhandel weder ein Treiber Inflation war noch ist. Die aktuell diskutierte Preistransparenzdatenbank erscheint vor diesem Hintergrund als unnötig und eine Verschwendung von Ressourcen. Die Bundesregierung und die Unternehmen könnten diese Mittel sehr viel zielführender an anderer Stelle einsetzen, anstatt in eine Plattform zu investieren, die keinen Mehrwert bietet und hohe Kosten verursacht“, sagt Christian Prauchner, Obmann des Lebensmittelhandels in der WKÖ. Vielmehr sollte der Fokus auf moderaten Abschlüssen bei den Kollektivvertragsverhandlungen liegen, um die Preisdynamik zu stoppen und sicherzustellen, dass die Lebensmittelpreise nicht weiter steigen.

Ländliche Nahversorger unterstützen

In diesem Zusammenhang unterstreicht Obmann Prauchner auch erneut die dringende Notwendigkeit, insbesondere den ländlichen Nahversorgern, die um ihre Existenz kämpfen, zu helfen. Dabei steht die Frage des Energiekostenzuschusses 2 im Mittelpunkt.

Abschließend appelliert er an alle relevanten Akteure, die Inflationsentwicklung sorgfältig zu analysieren und gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Stabilität der Lebensmittelpreise zu gewährleisten, anstatt sich auf rein symbolische Politik zu verlassen.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at